



Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Wahlprüfsteine Medienpolitik zur Landtagswahl 2026

1. Wo sieht Ihre Partei in den nächsten fünf Jahren das wichtigste Handlungsfeld für die Stärkung der baden-württembergischen Medien- und Filmwirtschaft?

AfD

Das wichtigste Handlungsfeld ist die Schaffung guter Bedingungen für diese Wirtschaft:

1. Ausbildung (Hochschulen etc.),
2. Bürokratie, Regulierung, Kosten für Unternehmen abbauen. Hier geht es nicht nur um die Medien- und Filmbranche im engeren Sinne, sondern um aller Branchen: Geht es der Wirtschaft in BW gut, gibt es auch genügend Jobs und Aufträge für Medien- und Filmschaffende.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Bereiche der Medien- und Filmwirtschaft stehen vor unterschiedlichen

Herausforderungen. Während wir der dynamischen Kreativbranche weiteren Schub verleihen möchten, um Gründungen und Fachkräfte anzuziehen, gilt es zugleich, die journalistische Medienvielfalt im Land abzusichern und Innovationen zu unterstützen.

Für die Filmbranche gilt zudem: Baden-Württemberg ist nicht nur ein Produktionsstandort – Film bedeutet Kultur, Kreativwirtschaft und Standortprofil zugleich. Die kommenden Jahre werden entscheidend sein, um die Wettbewerbsfähigkeit des Filmstandorts durch moderne Produktionsmethoden, starke Förderinstrumente, attraktive Rahmenbedingungen und die Förderung junger Talente weiter auszubauen.

CDU

Baden-Württemberg hat eine starke Stellung in der Medienbranche. Unser Anspruch ist es diese Rolle zu erhalten und weiter zu fördern. Ein qualitativ hochwertiger Journalismus, lokale Medien, Hörfunk, Film und Games prägen unsere Demokratie und Kultur. Hierfür wollen wir Talente im Land halten, faire digitale Spielregeln schaffen und die Medienkompetenz systematisch ausbauen. Unser Ziel ist ein Medienstandort, der unterschiedliche Angebote ermöglicht, Innovation erleichtert und attraktive Arbeitsplätze bietet. Hierzu müssen wir insbesondere in der Filmbranche neue Wege gehen und eine Medienpolitik aus einem Guss schaffen.

FDP

Die FDP sieht die baden-württembergische Medienlandschaft nicht wirklich gestärkt aus den letzten fünf Jahren kommen. Bei den Zeitungen nehmen die Zahlen weiter ab, und die Zustellfrage ist weiter ungeklärt. Die Filmwirtschaft sieht zwar von Bundesebene eine bessere Förderung, ob hier aber für das Land signifikante Effekte erzielt werden, ist unklar. Eine stärkere Verpflichtung des SWR zum hiesigen Standort gelang bedauerlicherweise nicht. Inwiefern das stärkere Bekenntnis zur Regionalisierung hier durchschlägt, bleibt ebenfalls abzuwarten. Und ob die stärkere Fokussierung des ÖRR Platz schafft für private Angebote, hier neue Kunden zu erschließen, können wir nur hoffen.

SPD

In Baden-Württemberg fehlte es in den vergangenen Jahren an einer erkennbaren und aktiven Medienpolitik durch die Landesregierung. Dabei haben Journalistinnen und Journalisten, Verlage, private und freie Radios, lokale TV-Sender, die Film- und Kreativwirtschaft und der öffentlich-rechtliche Rundfunk aktives staatliches Handeln verdient. Nur so können sie ihre wichtige Demokratietarbeit jeden Tag leisten. Wir von der SPD sehen uns in der Verantwortung, aktiv zu werden und die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, um die Medien- und Filmwirtschaft insbesondere vor dem Hintergrund der Digitalisierung, der Implementierung von KI und dem Agieren von Big Tech-Unternehmen im Sinne von Vielfalt und Qualität zu erhalten und zu stärken.

2. Was macht Ihre Partei, damit die in BW ausgebildeten Fachkräfte in der Branche auch in der Region bleiben?

AfD

Unser Programm zielt auf eine Stärkung der Wirtschaft Baden-Württembergs, wozu vor allem eine effizientere Bürokratie, bessere Infrastruktur, weniger gesetzliche Hürden und eine geringere Steuerlast für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gehören. Dies sind die wichtigsten Faktoren für gute wirtschaftliche Bedingungen und es sind auch die einzigen funktionierenden Stellschrauben, die die Politik überhaupt hat. Fachkräfte ziehen dorthin, wo die besseren Jobs existieren. Ist dies BW, so bleiben die Fachkräfte auch in BW und es kommen sogar neue.

Bündnis 90/Die Grünen

Mit der umfangreichen Start-up-Förderung des Landes und den attraktiven Unterstützungsangeboten der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg (MFG) haben wir in den vergangenen Jahren starke Rahmenbedingungen geschaffen. Diese wollen wir gemeinsam mit der MFG weiterentwickeln und mit zusätzlichen Mitteln ausstatten. Im Bereich des Journalismus fördern wir im Doppelhaushalt 2025/26 des Landes die Journalistische Aus- und Berufsbildung Baden-Württemberg e. V. (JAB), eine Akademie zur journalistischen Weiterbildung des Verbands der Südwestdeutschen Zeitungsverleger e.V. und des Landesverbands Baden-Württembergs des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV). Darüber hinaus haben wir erstmalig ein Förderprogramm für Weiterbildungsseminare bei der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LfK) implementiert. Beide Maßnahmen wollen wir verstetigen. Für den Filmbereich ist es uns wichtig, dass Absolvent*innen der Filmakademie Ludwigsburg und anderer Kunst- und Medienhochschulen attraktive berufliche Perspektiven im Land finden. Dazu setzen wir auf Gründungsförderung, Unterstützung von Debütprojekten und stärkere Vernetzung zwischen Ausbildung und Praxis. Außerdem sehen wir ein großes Potenzial in der Verbindung von Mittelstand und Werbefilmschaffenden. Hier wollen wir Wirtschafts- und Kreativwirtschaftsförderung zusammenbringen.

CDU

Baden-Württemberg ist exzellenter Ausbildungsstandort für Medienberufe – von Hochschulen bis hin zu kreativen Ausbildungsberufen. Wir erleichtern den Berufseinstieg junger Medienschaffender mit gezielten Programmen zu Mentoring, Stipendien und Startförderung. Weiterbildungen bauen wir aus und verbessern die Bedingungen für Gründungen etwa durch Co-Working, Labore oder Mikrodarlehen. So bleiben kreative Köpfe im Land.

FDP

Nur mit einem attraktiven Arbeitsplatz bleiben Fachkräfte hier. Dazu wäre eine gewisse Clusterung auch sicher attraktiv für Kreative und könnte über Synergien auch attraktivere Angebote ermöglichen. Und dies gerne auch außerhalb der Landeshauptstadt, beispielsweise in Baden-Baden, Ludwigsburg oder im Raum Reutlingen.

SPD

Der Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel wird sich in den nächsten Jahren auch im Medienbereich zuspitzen, weshalb rasch entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen. Eine vielfältige und starke Medien- und Produktionslandschaft sowie Qualitätsjournalismus sind grundlegende Voraussetzungen dafür, dass Filmschaffende, Journalistinnen und Journalisten und gut ausgebildete Fachkräfte der Medien-, Film- und Gamesbranche in Baden-Württemberg bleiben. Um dieses Ziel zu erreichen, machen wir uns als SPD stark für eine Digitalabgabe, damit das Ungleichgewicht zwischen Big-Tech-Unternehmen und Qualitätsmedien abgefedert wird. Wir unterstützen die vom Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger e. V. (VSZV) und vom Deutschen Journalistenverband Baden-Württemberg e. V. (DJV) konzipierte Medienakademie zur Förderung der journalistischen Aus- und Berufsbildung (JAB) als einen wichtigen Beitrag zum Qualitätsjournalismus und wir von der SPD fordern eine entsprechende institutionelle Förderung aus dem Landehaushalt. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der SWR vorzugsweise in Baden-Württemberg für Baden-Württemberg produzieren lässt. Zudem braucht es gute Arbeitsbedingungen und Perspektiven, um gegen starke Mitbewerber in anderen Ländern zu bestehen.

3. Wie möchte Ihre Partei die Branche unterstützen und dazu beitragen, die Medienvielfalt in BW zu bewahren?

AfD

Vielfalt entsteht durch Freiheit, nicht durch staatliche Maßnahmen. Die Branche ist unseres Erachtens dadurch am effektivsten unterstützt, dass ihre Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden. Es muss Medienunternehmen leichter gemacht werden, sich zu etablieren, sich zu erhalten und erfolgreich zu sein. Der Abbau unnötiger bürokratischer, rechtlicher und steuerlicher Hindernisse/Kosten trägt hierzu wesentlich bei.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Förderung des regionalen Fernsehens hat für eine vielfältige Landschaft an Regionalsendern gesorgt. Aufbauend darauf wollen wir die Medienförderung weiterentwickeln – orientiert an erfolgreichen Modellen anderer Bundesländer wie Berlin und Brandenburg. Die wirtschaftliche Situation ist inzwischen für alle klassischen Mediengattungen angespannt. Gleichzeitig haben neue digitale journalistische Angebote und Start-ups große Schwierigkeiten, sich zu refinanzieren. Diese Lücke wollen wir mit einem plattformübergreifenden Förderprogramm für digitale journalistische Projekte schließen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund den Ländern über eine Digitalsteuer Mittel bereitstellt, um ein passgenaues Förderprogramm auf Landesebene zu entwickeln. Die Gründung des Bündnis Zukunft Presse begrüßen wir ausdrücklich, weil ARD und Verlage damit ihre Interessen in der digitalen Transformation bündeln – zugunsten der Medienvielfalt, der demokratischen Öffentlichkeit und einer stärkeren gemeinsamen Position gegenüber globalen Plattformen.

CDU

Die CDU-Fraktion hat den Medienstandort Baden-Württemberg, insbesondere die Gamesbranche und die Medienakademie, in dieser Legislaturperiode im Rahmen des letzten Doppelhaushalts gezielt gestärkt. Diesen Kurs führen wir fort und bündeln Verantwortung, damit Förderung schneller, wirksamer und verlässlich bei den Medienakteuren in Baden-Württemberg ankommt. Diesen Ansatz verfolgen wir stets in enger Einbindung der Branche. Parallel unterstützen wir eine technologieoffene, europarechtskonforme Digitalabgabe auf Onlinewerbung großer Plattformen. Die Einnahmen fließen zweckgebunden in Infrastruktur, Medienvielfalt und Qualitätsjournalismus.

FDP

Wir werden als Land nicht in der Lage sein, mit welcher Förderkulisse auch immer eine ganze Branche zu halten. Der Fokus muss also auf einem Mix der auskömmlichen Förderung mit attraktiven Arbeitsbedingungen, aber eben auch entsprechenden Nachfragern sein. Wir begrüßen, dass die Streamingdienste verstärkt investieren und produzieren, aber sind dann umso verwunderter, wenn es die ortsansässige Sendeanstalt nicht so tut wie wir das erwarten. Falls hier keine befriedigende Entwicklung eintritt, werden wir wieder eine Regionalquote fordern.

SPD

Als SPD unterstützen wir nachdrücklich die Einführung einer Digitalabgabe, welche die großen Plattformen der Big Tech-Konzerne in die Verantwortung nimmt. Mit den Einnahmen möchten wir den Landesfonds für Qualitätsjournalismus finanzieren. Zudem muss sichergestellt werden, dass die technische Infrastruktur gleichermaßen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, als auch den privaten Medienanbietern zur Verfügung steht. Wir wollen bei Infrastruktur Synergien heben und Kosten für alle senken. Die SPD bekennt sich ganz klar zu einem vielfältigen und unabhängigen Lokal- und Regionaljournalismus. Damit regionale Medienhäuser eine Zukunft haben, müssen sie entkoppelt vom ökonomischen Druck innovative Geschäftsmodelle entwickeln können. Daher gilt es, auch bei ihnen projektbezogene Förderangebote zu schaffen, wie beispielsweise innovative Digitalprojekte der Verlage. Mit anderen haben wir dafür gesorgt, dass UKW eine Perspektive neben DAB+ hat. Vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage und der immer noch verhältnismäßig schlechten DAB+ Abdeckung braucht es eine Überprüfung des UKW-Enddatums.

4. Welche konkreten Ansätze verfolgt Ihre Partei für die finanzielle Förderung von Institutionen, Initiativen und/oder Unternehmen in der Medien- und Filmwirtschaft? Wie hoch sollten die Mittel Ihrer Meinung nach jährlich sein?

AfD

Der Staat hat Unternehmen und Initiativen nicht zu „fördern“. Und staatl. Institutionen sind auch nicht zu „fördern“, sondern mit einem angemessenen Haushalt auszustatten, der ihnen ermöglicht, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Rolle der LfK als Förderin des privaten Rundfunks ist gewachsen, ihr Budget aufgrund des stagnierenden Rundfunkbeitrags jedoch gleichgeblieben. Hier wollen wir nachsteuern – entweder durch eine Änderung beim Vorwegabzug oder alternative Mittelzuflüsse. Seit dem Doppelhaushalt 2025/26 fördern wir die Pressestiftung jährlich mit rund 80.000 Euro, um deren Arbeit für Journalist*innen und ihre Beiträge zur Medien- und Demokratiedebatte zu stärken. Auch die Förderung der JAB für Aus- und Weiterbildung soll fortgeführt und strukturell verankert werden. Baden-Württemberg verfügt mit der MFG über eine starke Filmförderung. Um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Bundesländern mit steuerlichen Anreizmodellen zu sichern, wollen wir die Förderinstrumente modernisieren, z. B. durch Bonusmodelle für Produktionen, die im Land drehen, geringere Bürokratie und eine stärkere Einbindung regionaler Dienstleister. Mittelfristig halten wir eine moderate Erhöhung der Filmfördermittel für erforderlich, um steigende Produktionskosten und die digitale Transformation verlässlich abzufedern. Wir setzen uns aktiv für einen Verbleib der verschiedenen Rückflüsse aus der Filmförderung bei der MFG ein und konnten hierbei schon Teilerfolge erzielen.

CDU

Wir setzen auf eine verlässliche, praxisnahe Förderung entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Die bewährte MFG-Filmförderung als Herzstück wird von MFG Kreativ und spezifischen Games-Programmen wie Games BW flankiert. Festivals wie das Animation Media Cluster Region Stuttgart, das Internationale Trickfilm-Festival Stuttgart stärken wir weiter und fördern die FMX-Vernetzung und Talententwicklung zur Erhöhung der Sichtbarkeit der Branchen. Unser Ziel ist es eine nachhaltige Infrastruktur, Produktionsqualität und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Für die finanzielle Ausstattung setzen wir uns weiterhin für ein ausreichendes, planbares Fördervolumen ein, das die bestehenden Programme substantiell trägt und substantiell weiterentwickelt.

FDP

Wir haben in den letzten Haushaltsberatungen eine Verdoppelung der aktuellen Förderhöhe beantragt, und stehen weiter dazu. Wir stehen seit langem zu einer Reduktion des Vorwegabzugs des SWR, um neben einer stärkeren Förderung anderer Mediensparten auch der LfK auskömmlich Mittel für die Bewerksstellung zusätzlich übertragener Aufgaben, beispielsweise bei der Vermittlung von Medienkompetenz, zur Verfügung stellen zu können.

SPD

Die SPD fordert eine Einführung einer Digitalabgabe mit der die notwendige finanzielle Förderung von Institutionen und Unternehmen in der Medien- und Filmwirtschaft deutlich erhöht werden kann. Der Bewegtbild- und Gamingproduktion kommt in Baden-Württemberg eine besondere Rolle zu. Die SPD möchte nicht länger hinnehmen, dass diese Branche gerade in Baden-Württemberg vom Fördervolumen her im Vergleich zu anderen Bundesländern einen so niedrigen Stellenwert einnimmt und konkurrierende Bundesländer mehr als das Doppelte für ihre Filmförderung aufwenden. Dabei ist es auch wichtig, einen passenden und schlanken Förderrahmen zu entwickeln, damit die Mittel dann auch tatsächlich abgerufen werden. Es ist unabdingbar, die Landesanstalt für Kommunikation (LFK) bei ihren vielschichtigen und wichtigen Aufgaben zu unterstützen und die Anstalt finanziell deutlich zu stärken. Nur mit einer starken LFK wird uns Medienbildung gelingen und nur so können wir Vielfalt und Auffindbarkeit sicherstellen. Den Einsatz der LFK für Demokratie und gegen Desinformation wollen wir von der SPD hervorgehoben wissen und besonders unterstützen.

5. Wie möchte Ihre Partei die Medien- und Digitalkompetenz stärken?

AfD

Aufgabe der Politik ist nicht die Stärkung irgendwelcher Kompetenzen. Wir sehen hierfür auch keinen Bedarf. Es ist gegenwärtig nicht zu erkennen, dass es den Bürgern Baden-Württembergs in besonderem Maße an Medien- und Digitalkompetenz mangelt und diese einer Stärkung bedürfte.

Aber im Wesentlichen entwickeln Medienkonsumenten ihre entsprechenden Kompetenzen nur in der eigenen Auseinandersetzung mit Medien. Dies war immer so und nicht anders verhält es sich mit den neuesten Medien.

Hinzu kommt, dass sich hinter einer vermeintlichen „Vermittlung von Medienkompetenz“ oft eine ideologisch gefärbte Indoktrination verbirgt: So beispielsweise, wenn bestimmte Meinungen als unhinterfragbar wahr dekretiert werden; oder wenn Fakten Checker als besondere Autoritäten dargestellt werden; oder wenn einzelne Medien/Plattformen/Journalisten pauschal in den Giftschrank gestellt werden. Dass ein kompetenter Umgang mit modernen Medien auch zum Bildungsauftrag der Schulen gehört, steht außer Frage. Besonders wichtig ist hier Warnung und Schutz vor tatsächlich gefährlichen Inhalten. Auch das Jugendschutzgesetz muss hier ernsthaftere Anwendung und Weiterentwicklung erhalten.

Bündnis 90/Die Grünen

Mit dem Schulfach Medienbildung und Informatik setzen wir Medien- und Digitalkompetenz als Priorität und weisen entsprechende Ressourcen zu. In der kommenden Wahlperiode wollen wir den Bildungsplan ausarbeiten und die Lehrkräfteausbildung stärken. Dabei legen wir besonderen Wert auf:

- Einen selbstbewussten- und selbstsicheren Umgang mit sozialen Medien und KI,
- die Vermittlung dessen, was guten Journalismus ausmacht,
- den Einsatz neuer Medien in der Didaktik, etwa durch Serious Games wie THE FEED der LfK.

Da Medienkompetenz alle Altersgruppen betrifft, wollen wir die Initiative Medienfokus BW stärken.

CDU

Wir wollen, dass schon Kinder und Jugendliche verantwortlich, kreativ und kritisch mit Medien umgehen können. Daher verankern wir Medienbildung in allen Bildungsformen. Damit stellen wir fortan sicher, dass Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen über mediale und digitale Kompetenzen verfügen. Zugleich stärken wir den bewussten Umgang mit neuen Technologien wie Künstlicher Intelligenz durch den Einsatz pädagogisch sinnvoller KI-Assistenzsysteme. Wer souverän mit Information umgeht, ist besser geschützt vor Manipulation und Desinformation.

FDP

Die Landesanstalt für Kommunikation hat hier sinnvolle Programme ausgearbeitet, die wir unterstützen. Aber die Diskussionen um Handy- und /oder Social-Media-Verboten zeigt, dass sich eine gewisse Hilflosigkeit eingestellt hat, auch angesichts der Suchtgefahren. Niederschwellige Angebote in Schulen, aber auch in Vereinen sind sinnvoll. Wir müssen das Thema auch aus dem Schulumfeld holen und in Bereiche geben, die die Jugendlichen anders erreichen können. Genauso wichtig ist die Medienkompetenz für das Erkennen von Fake News oder KI-generierten Inhalten für die anderen Altersgruppen bis hin zu den Senioren. Die steigende Menge an erfolgreichen Betrugsversuchen zeigen hier zusätzlichen Bedarf.

SPD

Baden-Württemberg braucht eine Gesamtstrategie zur Bündelung und Koordination der vielfältigen Maßnahmen in diesem Bereich, am besten unter Federführung der LfK. Dabei ist es der SPD Baden-Württemberg ein besonderes Anliegen, die Medien und Digitalkompetenz von jungen Menschen weiter zu stärken. Wir begrüßen es daher, dass im Rahmen der von uns lange geforderten Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums über alle Schularten hinweg die Medienbildung ausgebaut und das neue Fach „Informatik und Medienbildung“ eingeführt wurde. Hier erhoffen wir uns langfristig eine weitere Stärkung. Uns ist bewusst, dass der Einsatz digitaler Medien vielfältige Vorteile hat und einer allgemeinen Entwicklung Rechnung trägt – daher müssen wir die digitale Lebenswelt in den Unterrichtsalltag der Schülerinnen und Schüler implementieren. Dementsprechend möchten wir die Schulen besser ausstatten. Hierfür müssen Schulen, Kommunen, das Land sowie der Bund gemeinsam an einem Strang ziehen. Benötigt werden gute pädagogische Konzepte, fachkundige Lehrkräfte und gleichzeitig der Ausbau der technischen Infrastruktur – und IT-Fachkräfte an allen Schulen. Unsere Lehrkräfte müssen wir im Umgang mit Künstlicher Intelligenz und digitalen Unterrichtsformaten besser schulen. Dazu braucht es sowohl Angebote während des Studiums als auch im Berufsalltag in Form von Fort- und Weiterbildungen. Sichergestellt werden muss auch, dass die Möglichkeiten digitaler Unterrichtsangebote nicht in zu großem Maße zwischen den Schularten, den Schulträgern oder den Schulen selbst variieren. Das Ziel muss sein, an allen Schulen die Chancen digitaler Bildung gleichwertig und erfolgreich zu nutzen. Dafür werden wir uns von der SPD einsetzen.

6. Welchen Handlungsbedarf sieht Ihre Partei speziell für die Filmbranche?

AfD

Den oben bereits genannten: Verbesserung der Ausbildungs- und Wirtschaftsbedingungen.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Filmbranche in Baden-Württemberg ist wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich bedeutend. Unser Handlungsbedarf konzentriert sich auf folgende Schwerpunkte:

- a) Standortprofil stärken – Film als Kultur und Wirtschaft
- BW ist nicht nur Produktionsort: Film ist Kultur, Kreativwirtschaft und Standortfaktor. Wir wollen diese Stärken sichtbarer und international konkurrenzfähiger machen.
- b) Förderinstrumente modernisieren
- Wir wollen:
 - Bonusmodelle für Produktionen, die im Land drehen, stärkere Einbindung regionaler Dienstleister, vereinfachte, weniger bürokratische Förderverfahren, eine moderate Erhöhung der Filmfördermittel.
 - c) Talente im Land halten
 - Absolvent*innen der Filmakademie Ludwigsburg und weiterer Hochschulen sollen im Land bleiben können. Deshalb setzen wir auf:
 - Gründungsförderung,
 - Unterstützung von Debütfilmen,
 - stärkere Entwicklungsförderung,
 - enge Vernetzung von Ausbildung, Branche und Praxis.
 - d) Nachhaltigkeit und Vielfalt erleichtern, nicht belasten
 - Viele Filmschaffende stehen unter finanziellem Druck. Nachhaltigkeit soll deshalb finanzielle Entlastung statt zusätzlichen Aufwand bedeuten. Das Programm Green Culture unterstützt ressourcenschonende Produktionen, die wir weiter ausbauen wollen.
 - e) Digitale Innovation ausbauen
 - Mit Einrichtungen wie der Filmakademie, dem Animationsinstitut und starken VFX-Studios hat BW großes Potenzial. Wir fördern:
 - Virtual Production,
 - Realtime- und KI-gestützte Workflows,
 - Kooperationen zwischen Film, Games, Tech und Wissenschaft.
 - f) Kontinuierlicher Dialog
 - Wir bleiben im engen Austausch mit der Branche, um Baden-Württemberg langfristig als starken, innovativen und vielfältigen Filmstandort zu sichern.

CDU

Wir wollen Baden-Württemberg als Film- und Kreativstandort weiter ausbauen. Der Filmkultur gilt unsere nachhaltige Unterstützung, sei es im Kino, oder bei Filmfestivals. Die Mittel für die Filmförderung des Landes sowie die Medien- und Film-Gesellschaft werden wir an diesem Ziel orientiert anpassen. Wir stärken darüber hinaus unsere Filmakademie in Ludwigsburg als Kreativzentrum mit bundesweiter Strahlkraft in der Ausbildung ebenso wie in der Filmproduktion.

FDP

Geld, Infrastruktur und Aufträge. Für die ersten beiden können wir mit sorgen und damit die Chance auf das Dritte verbessern.

SPD

Um die Filmbranche zu stärken, setzt die SPD Baden-Württemberg auf vier Pfeiler: Stärkung des Fördervolumens, eine Vergabequote von mindestens 50 Prozent, die Überarbeitung der bestehenden Förderstrukturen und die Stärkung der technischen Infrastruktur. Das Fördervolumen, welches das Land Baden-Württemberg seiner Bewegtbildindustrie zur Verfügung stellt, muss dringend erhöht werden. Allein die konkurrierenden Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Brandenburg investieren jeweils mehr als das Doppelte in deren landeseigenen Filmförderungen. So verliert Baden-Württemberg sukzessiv den Anschluss in einer so wichtigen Industrie. Zudem setzt sich die SPD Baden-Württemberg für eine regionale Vergabequote von mindestens 50 Prozent ein. Diese Quote kann erreicht werden, indem sich der SWR als zentraler Akteur und das Land Baden-Württemberg am Ausbau der Produktionsinfrastruktur beteiligen. Damit wird die Branche nachhaltig gestärkt und die Identität von 4 Baden-Württemberg in den Produktionen betont. Auch die Förderstrukturen müssen dringend überarbeitet werden. Erstens müssen technische Innovationen und neue Formate berücksichtigt und zweitens muss die Kommunikation zwischen den zuständigen Abteilungen, insbesondere bei der Anfrage nach technischen Förderungen, dringend verbessert werden. Aktuell sind hierfür das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK), das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (WM) und das für Medienpolitik zuständige Staatsministerium (StaMI) verantwortlich. Technische Fortschritte in der Medienproduktion machen eine langfristige Stärkung der technischen Infrastruktur unumgänglich. Werden diese Strukturen nicht nachhaltig angepasst, droht Baden-Württemberg gegenüber Konkurrenzstandorten zurückzufallen. Entscheidungen, wie beispielsweise der Verzicht auf den Bau eines Virtual Production Studios 2019, haben die Branche zusätzlich zurückgeworfen.

7. Welchen Handlungsbedarf sieht Ihre Partei speziell für den Bereich Animated Media?

AfD

Den oben bereits genannten:
Verbesserung der Ausbildungs-
und Wirtschaftsbedingungen.

Bündnis 90/Die Grünen

Baden-Württemberg gehört mit dem Animationsinstitut der Filmakademie zu den international führenden Standorten im Bereich Animation und VFX. Um diese Stärke auszubauen, sehen wir Handlungsbedarf in folgenden Bereichen:

- Sicherung und Ausbau der exzellenten Ausbildungsbedingungen,
- Förderung digitaler Produktionsstrukturen und Virtual Production,
- stärkere internationale Sichtbarkeit baden-württembergischer Animationsprojekte,
- Vernetzung mit Games, Film und Wissenschaft,
- Unterstützung von Gründungen und jungen Studios,
- gezielte Förderung von Innovationsprojekten im Bereich Real-time, KI-Animation und immersive Medien.

CDU

Die Games- und Animationsbranche verbindet Kreativität, Technologie und Wertschöpfung. Wir schaffen attraktive Rahmenbedingungen für Entwicklerstudios, fördern dadurch digitale Wertschöpfung und sichern so hochqualifizierte Arbeitsplätze in einem zukunftsweisenden Markt.

FDP

Wir wollen die Führungsrolle, die Baden-Württemberg hier einnimmt, unbedingt erhalten. Wir haben die Voraussetzungen hinsichtlich Ausbildungs- und Netzwerkstrukturen bei uns, die müssen wir pflegen und ausbauen, und uns nicht ausbremsen lassen. Wenn wir neue Technologien nicht anwenden, andere tun es bestimmt.

SPD

Auch im Bereich Animated Media müssen die Förderungen dringend aufgestockt werden. Zudem sollte parallel zur Förderung von kulturell ausgerichteten Projekten auch eine Förderlinie für Projekte mit wirtschaftlicher Ausrichtung aufgebaut werden. Hierunter fallen auch entsprechende Startups. Ebenso sollten neben der kulturpolitischen Perspektive auch die wirtschaftspolitische Seite der Branche betont werden. Animated Media ist mehr als ein Kulturmedium: Ihre Innovationen finden Verwendung in Wissenschaft, Medizin, Automotive, etc. Daher müssen die Potenziale für das Land dringend freigesetzt und auch entsprechend kommuniziert werden, so dass die Branche auch für Nachwuchskräfte an Attraktivität gewinnt.

8. Welchen Handlungsbedarf sieht Ihre Partei speziell für die Gamesbranche?

AfD

Den oben bereits genannten: Verbesserung der Ausbildungs- und Wirtschaftsbedingungen.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Gamesbranche ist ein bedeutender Wirtschaftszweig mit hohem Innovationspotenzial. Die MFG hat ein ausdifferenziertes Fördersystem etabliert, das wir mit wachsenden Mitteln ausgestattet haben und weiterentwickeln wollen. Wir sehen große Synergien am Standort – etwa mit der Gesundheitswirtschaft, was der GamesHub for Health & Life Science eindrücklich zeigt. Auch Educational Games gewinnen mit Blick auf das Schulfach Medienbildung an Bedeutung. Zudem wollen wir die Verknüpfung von Games, Film und Animation stärken, da Shared Technologies wie VFX, Motion Capture oder Virtual Production den Standort besonders innovativ machen. Durch eine überdurchschnittliche Hochschulfinanzierung gewährleisten wir ein starkes Studienangebot im Bereich Film, Animation und Games.

CDU

Wir wollen die Gamesbranche in der Landeswirtschaftsförderung als eigenständigen Sektor mitdenken, sei es bei der Infrastruktur und Ökosystemen oder etwa bei Export- und Messeprogrammen.

FDP

Hier dürfen wir unser Wahlprogramm zitieren:

- die Games-Branche in die Digitalstrategie des Landes aufnehmen.
- das Förderprogramm für die Games-Branche vollständig aus der Kulturförderung in die Wirtschaftsförderung überführen.
- die Games-Branche als eigenständigen Wirtschaftszweig anerkennen.
- die Chancen der Technologieentwicklung in der Games-Branche für andere Branchen sehen und nutzen, indem wir Gamification-Forschung stärken.
- die Games-Branche zur Talentschmiede für IT-Expertinnen und -Experten von morgen machen sowie als Innovationstreiber für moderne Technologien verstehen.
- die Schaffung zusätzlicher Studiengänge und Studienfächer im Bereich Games-Entwicklung an den baden-württembergischen Hochschulen fördern und unterstützen.
- dafür sorgen, dass wichtige Game-Awards und -Preise, wie der Deutsche Computer Preis, nach Baden-Württemberg geholt werden.
- e-Sports als Sportart anerkennen und in der Sportförderung den herkömmlichen Sportarten gleichstellen.
- Games-Hubs als wichtige unternehmerische Heimat für Gründerinnen und Gründer entwickeln.
- den Millionen von Online-Gamern eine leistungsfähige digitale Infrastruktur bieten.

SPD

Analog zum Bereich Animated Media muss die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Games-Standorts Baden-Württembergs etabliert werden. Auch die geplante steuerliche Förderung der Bundesebene für Games soll in Baden-Württemberg Eingang finden. Außerdem wird sich die SPD für eine Gemeinnützigkeit des E-Sports einsetzen.

9. Welchen Handlungsbedarf sieht Ihre Partei speziell für Zeitungsverlage?

AfD

Was Zeitungsverlage angeht, sind Privilegien auf den Prüfstand zu stellen. Gerade größere Verlagshäuser weisen nicht selten unanständige Beziehungen zur Politik auf. Diese entstehen, weil die Zeitungsverlage den Digitalisierungsfortschritt nicht angemessen mitvollziehen und wettbewerbsfähig bleiben, sondern lieber die bequeme staatliche Finanzierung suchen. Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung bedeutet aber Beeinflussung durch die Politik. Diese Beeinflussbarkeit ist sicherlich abzubauen, denn sie ist für die Demokratie sehr schädlich. Sie ist auch unter Wettbewerbsgesichtspunkten unfair.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Geschäftsmodelle der Zeitungsverlage stehen unter erheblichem wirtschaftlichem Druck. Wir setzen uns daher für ein plattformübergreifendes Förderprogramm für lokalen und regionalen Journalismus ein, von dem auch Verlage profitieren können. Zudem unterstützen wir Programme wie Zeitung in der Schule, die jungen Menschen Qualitätsjournalismus näherbringen und Medienkompetenz stärken.

CDU

Lokale Printzeitungen sind für die Information und Meinungsbildung von herausragender Bedeutung. Wir sichern ihre Zukunft mit verlässlichen Rahmenbedingungen. Zum Schutz journalistischer Produkte setzen wir uns für eine Zustellförderung in der Fläche, eine innovationsfreundliche Regulierung und faire Wettbewerbsbedingungen ein. Ein modernisiertes Landesmediengesetz verankert Verzahnung und digitale Transformation ohne neue Bürokratie.

FDP

Einerseits muss hier Bürokratie abgebaut werden, andererseits brauchen wir faire Rahmenbedingungen insbesondere bei der Frage der digitalen Angebote und des Urheberrechts. Und auch die im Bund immer noch nicht gelöste Diskussion zur Zustellfrage wollen wir aus dem Land heraus wieder befördern.

SPD

Die SPD Baden-Württemberg bekennt sich klar zur Medienvielfalt als Garant für eine lebendige Demokratie. Daher setzt sich die SPD Baden-Württemberg aktiv für eine Förderung von journalistischen Innovationen ein, um die Medienvielfalt langfristig zu sichern. Dies beinhaltet einerseits den Ausbau von Förderprogrammen und andererseits die Ausweitung eines gründerfreundlichen Ökosystems in Baden-Württemberg. Eine effektive Förderung muss auf allen Ebenen stattfinden. Hierzu zählen beispielsweise Netzwerkveranstaltungen, der Ausbau eines gründerfreundlichen Ökosystems, die Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten zu Unternehmerinnen und Unternehmern und die Bereitstellung von Risikokapital zur Gründung und Skalierung. Zudem unterstützen wir von der SPD aktiv die Reform des Steuerrechts zugunsten eines gemeinwohlorientierten Lokaljournalismus, wie sie bereits im Koalitionsvertrag auf Bundesebene festgeschrieben ist. Knapp 20 Zeitungsverlage in Baden-Württemberg haben die Tarifbindung für Journalisten verlassen. Hinzu kommen Medienhäuser und Verlage, die zwar tarifgebunden sind, aber neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur noch ohne Tarifbindung einstellen. In Zeiten, in denen der Journalismus für junge Menschen ohnehin immer unattraktiver zu werden scheint, kann sich eine Branche dieses Vorgehen nicht leisten. Wir erwarten ein Bekenntnis zur Tariftreue der Verlage, um Journalistinnen und Journalisten eine faire Bezahlung und eine sichere Zukunft zu garantieren. Wir sehen zugleich eine gesellschaftliche Verantwortung aller für einen starken Qualitätsjournalismus, welchen wir mit einem Landesfonds unterstützen wollen.

10. Welchen politischen Handlungsbedarf sehen Sie in Bezug auf regionale und lokale Fernsehprogramme?

AfD

Der Handlungsbedarf besteht in Bezug auf die großen öffentlich-Rechtlichen Rundfunkanstalten und die sie finanzierenden Zwangsbeiträge. Die Privilegien und Pfründe der ÖRR abzubauen, wird die regionalen und lokalen Fernsehprogramme deutlich stärken, indem es ihnen bessere Bedingungen und Chancen schafft, sich mit Qualität und mehr Zielgruppenorientierung durchzusetzen.

Bündnis 90/Die Grünen

Regionales und lokales Fernsehen hat mit Wirtschaftlichkeitsproblemen zu kämpfen. Wir halten dieses Angebot für die Medienvielfalt im Land für wichtig und werden uns für eine Verbesserung der Situation einsetzen. Wir prüfen dazu eine Weiterentwicklung der bestehenden Förderung für regionale Nachrichtenmagazine durch die Landesanstalt für Kommunikation (LfK).

Im Zuge dessen wollen wir die finanzielle Grundlage der LfK stärken, damit sie auch die infrastrukturelle Förderung flexibel an technische Entwicklungen anpassen kann. Von einer plattformübergreifenden Medienförderung könnten künftig auch lokale Fernsehanbieter ohne Must-Carry-Status profitieren.

CDU

Im Rahmen der Novelle des SWR-Staatsvertrags haben wir uns explizit für eine stärkere regionale Verankerung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingesetzt. Im neuen Landesmediengesetz haben wir die Unterstützung für regionale Fernsehprogramme weiter ausgebaut. Wir setzen uns auch weiterhin für eine größere inhaltliche Vielfalt ein und wollen die regionale Berichterstattung ausbauen.

FDP

Wir stehen als Freie Demokraten zur Sonderförderung der Lokalsender, auch wenn wir die unklare Verfassungslage hier sehen. Weiteren Druck durch das Ziel „Regionalisierung“ des SWR wollen wir entschlossen entgegenreten.

SPD

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich ein für stabile Förderlandschaften, transparente Vergabeverfahren und eine stärkere Förderung regionaler Berichterstattung, verbunden mit Investitionen in digitale Infrastruktur, Medienkompetenz und demokratische Partizipation. Daher wollen wir von der SPD an der seit 2020 existierenden Förderung einer werktäglichen Magazinsendung mit aktuellen und regionalen Inhalten aus den Themengebieten Politik, Kultur, Wirtschaft und Soziales festhalten. So können regionale und lokale Fernsehprogramme gefördert werden, ohne dass die Politik in das Programm selbst eingreift. Zudem setzt sich die SPD Baden-Württemberg für die Unterstützung der Veranstalter beim Ausbau der technischen Infrastruktur ein.



Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Impressum

Herausgeber

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag
- Federführung Medienpolitik –
Für weitere Informationen: bw.ihk.de

Kontakt BWIHK

Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammern
Jägerstraße 40
D-70174 Stuttgart
✉ info@bw.ihk.de

Die BWIHK-Federführung Medienpolitik liegt bei der IHK Reutlingen.

Kontakt IHK Reutlingen

Katharina Lein

☎ 07121 201-270

✉ lein@reutlingen.ihk.de

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2026

Veröffentlichungsdatum: 17. Dezember 2025

Stand der Informationen: 15. Dezember 2025

Alle Angaben basieren auf dem zum angegebenen Datum verfügbaren Kenntnisstand. Spätere Entwicklungen sind in dieser Präsentation möglicherweise noch nicht berücksichtigt.

Hinweis zur Nutzung

Diese Präsentation dient ausschließlich der Information.
Eine Vervielfältigung, Verbreitung oder anderweitige Verwendung – auch auszugsweise – ist nur unter Angabe der Quelle
„BWIHK, Federführung Medienpolitik“
und unter Beachtung der urheberrechtlichen Bestimmungen zulässig.